

1 **Antrag Nr. P 1**

Antragskommission:

Annahme

2
3
4
5 **Antragsteller:** Bezirksvorstand

6
7
8
9 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

10
11 Die Bundesprogrammkommission wird
12 aufgefordert, sich noch in diesem Jahr auf eine
13 feste Zeitschiene für die weitere
14 Programmdebatte festzulegen.

15 Darin soll ein genauer Zeitpunkt für die Vorlage
16 eines Programmentwurfes, ein ausreichend
17 langer Zeitraum für eine intensive
18 Auseinandersetzung der Gliederungen mit dem
19 Entwurf und der genaue Schlusspunkt mit der
20 Verabschiedung auf einem Bundesparteitag
21 festgehalten werden. Dieser Zeitplan muss
22 eingehalten werden, da sonst die Debatte an
23 Glaubwürdigkeit verliert.

24 Um die Programmdebatte nach innen, wie auch
25 nach außen vermittelbar zu machen, ist nicht
26 nur die Einbeziehung von Gruppen außerhalb
27 der Partei notwendig, sondern auch die Wahl
28 einer unmissverständlichen Sprache sowie einer
29 kompakten Form im Entwurfstext.

30
31 Der spätestens bis Mitte 2006 zu erstellende
32 Programmentwurf soll folgenden Vorstellungen
33 genügen:

34
35 A) Das Grundsatzprogramm ist für die Partei ein
36 Instrument der politischen Orientierung
37 (Leuchtturmfunktion).

38 Es soll auf der Grundlage der
39 Grundwertvorstellungen der
40 Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
41 Zielvorstellungen für die gesellschaftliche
42 Entwicklung formulieren. Aufgabe
43 sozialdemokratischer Politik ist es
44 dementsprechend, ausgehend von den
45 konkreten gesellschaftlichen Gegebenheiten
46 eine Weiterentwicklung in Richtung auf diese
47 Zielvorstellungen zu betreiben.

48

49 Dementsprechend ist das Grundsatzprogramm
50 für die Parteimitglieder sowohl Orientierungshilfe
51 als auch identitätsstiftend, darüber hinaus
52 motivationsstiftend und konsensstiftend. Für
53 Mandatsträger und Funktionäre der Partei hat
54 das Grundsatzprogramm Richtschnurfunktion,
55 ist also Hilfestellung und Handlungsanweisung
56 zugleich. Für Menschen außerhalb der Partei ist
57 das Grundsatzprogramm im Hinblick auf Wahl
58 wie auch im Hinblick auf potenzielle
59 Mitgliedschaft Entscheidungshilfe.

60
61 Das Grundsatzprogramm hat demnach für die
62 Partei eine zentrale Bedeutung und soll
63 ausschließlich dann geändert bzw.
64 fortgeschrieben werden, wenn die Entwicklung
65 der gesellschaftlichen Verhältnisse dies
66 tatsächlich erforderlich macht. Ein solcher
67 Zeitpunkt ist nach Auffassung des Parteitags
68 gegeben.

69
70 B) Grundlage für alle Aussagen im
71 Grundsatzprogramm müssen die zentralen
72 Grundwerte sozialdemokratischer Politik sein,
73 nämlich Solidarität, Gerechtigkeit und Freiheit.
74 Freiheit für jedes Individuum kann es nur geben
75 in einer solidarischen Gesellschaft, die auf dem
76 Prinzip der Gerechtigkeit aufbaut. Nur bei
77 Beachtung des Prinzips der Gerechtigkeit
78 stehen jedem Individuum die Chancen einer
79 optimalen individuellen Entwicklung zur
80 Verfügung, nur auf dieser Grundlage können
81 diese Chancen auch tatsächlich ergriffen und
82 realisiert werden. Nur eine Gesellschaft, die von
83 dem Grundsatz der Solidarität geprägt ist, findet
84 Regelungen zu einem zwischenmenschlichen
85 Miteinander, das geprägt ist von legitimierten
86 Funktionsstrukturen. Nur in einer solchen
87 Gesellschaft kann die Entwicklung von nicht
88 legitimierten Herrschaftsverhältnissen, die den
89 Schwächeren die Freiheit raubt und auf dieser
90 Basis den Stärkeren Freiheit gibt, verhindert
91 werden.

92
93 Höchster Grundwert ist somit die Solidarität:
94 Dies entspricht der Tatsache, dass das
95 Individuum nur deshalb Individuum sein kann,

96 weil es gesellschaftliches Wesen ist. Unmittelbar
97 aus dem Grundsatz der Solidarität leitet sich der
98 Grundsatz der Gerechtigkeit als weiterer
99 zentraler Wert ab.

100 Nur eine solidarische Gesellschaft kann jedem
101 Individuum Gerechtigkeit widerfahren lassen.
102 Hieraus wiederum leitet sich der Grundsatz der
103 Freiheit als nächststrangiger Grundwert ab. Wenn
104 Solidarität und Gerechtigkeit nicht gegeben sind,
105 wird sich Freiheit für nur wenige zu Lasten der
106 Mehrheit entwickeln. Vor dem Hintergrund
107 dieser Einsichten sind im Grundsatzprogramm
108 diese Grundwerte eindeutig zu definieren und in
109 den Mittelpunkt aller programmatischen
110 Überlegungen zu stellen.

111
112 C) Diese drei Grundwerte spiegeln sich als
113 zentrale Momente in dem Begriff des
114 demokratischen Sozialismus wider. An diesem
115 Begriff ist unbedingt festzuhalten. Das
116 Grundsatzprogramm muss diesen Begriff
117 inhaltlich füllen.

118 Hierzu ist zu beachten: Der gesellschaftliche
119 Prozess des Wirtschaftens als grundlegender
120 Vorgang für die Reproduktion der Gesellschaft
121 muss die individuellen Fähigkeiten jedes
122 Einzelnen optimal zur Entfaltung bringen.
123 Zugleich muss jegliches Wirtschaften tatsächlich
124 dem Ziel dienen, die menschliche Gesellschaft
125 zu erhalten und fortzuentwickeln und zugleich
126 die natürlichen Grundlagen menschlicher
127 Existenz zu erhalten. Mit dieser Zielsetzung
128 bedarf es der Regulierung des Marktes.
129 Marktorientiertes Wirtschaften wird reguliert
130 nach den objektiven Bedürfnissen der
131 Allgemeinheit. Marktregulierende Maßnahmen
132 müssen demnach den Grundwerten
133 sozialdemokratischer Politik genügen. All dies
134 kann nur sichergestellt werden, wenn die
135 entsprechenden politischen
136 Entscheidungsprozesse im Rahmen eines
137 demokratischen Verfahrens ablaufen. Alle
138 gesellschaftlich relevanten Entscheidungen zur
139 Entwicklung der Gesellschaft, also auch
140 grundlegende wirtschaftliche Entscheidungen,
141 bedürfen der Legitimation durch ein

142 demokratisches Verfahren. Dies sind die
143 Eckpfeiler eines demokratischen Sozialismus.

144

145 D) Das Grundsatzprogramm soll Grundsätze
146 sozialdemokratischer Politik festschreiben, nicht
147 hingegen die aktuelle Gesellschaft mit ihren
148 Entwicklungstendenzen wiedergeben. Das
149 Grundsatzprogramm muss allerdings auch die
150 Notwendigkeit der internationalen Vernetzung
151 der politischen Kräfte thematisieren, es muss
152 also der Tatsache gerecht werden, dass die
153 national fokussierte Gesellschaft ebenso wie die
154 national fokussierte Volkswirtschaft zunehmend
155 an Bedeutung verlieren. Zugleich muss das
156 Grundsatzprogramm aber auch in der Lage
157 sein, dem nationalen "Wir-Gefühl" in positiver
158 Weise Rechnung zu tragen.

159

160 **Weiterleitung:**
161 Bundesparteitag

162

1 **Antrag Nr. P 2**

2
3
4
5 **Antragsteller: KV Grafschaft Bentheim**

6
7
8
9 Der Bezirksparteitag möge beschließen:

10
11 **- Programmdiskussion in der SPD -**

12
13 Zur Zeit findet auf allen Ebenen die Auseinandersetzung mit den verschiedensten Startpapieren für ein neues Parteiprogramm der SPD statt, dass auf dem Bundesparteitag im November in Karlsruhe beschlossen werden soll.

14
15
16
17
18
19 Der Arbeitskreis Gesundheit, Soziales, Gleichstellung, Migration, Familie hat sich kürzlich mit dem 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2005 beschäftigt und erschreckt zu Kenntnis genommen, dass Armut und Reichtum weiter auseinanderdriften und im Vergleich zum 1. Bericht 1999, relativ und absolut zugenommen haben. Abhilfe soll gebracht werden, indem auch Armen gesellschaftliche Teilhabechancen möglich bleiben, z.B. über Erwerbsbeteiligungen wie sie über Hartz IV vorgesehen sind. An eine Umverteilungsdiskussion wurde nicht gedacht.

20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32 Das wichtigste Instrument zur Umverteilung sind die Steuern: geringe Einkommen und geringe Vermögen stärker entlasten und höhere stärker belasten. Zu dieser Aussage finden sich die jetzt vorliegenden Programmentwürfe nicht bereit. Für eine zukunftsweisende Diskussion um Gerechtigkeit und solide Finanzeinnahmen muss im Programm eine Aussage zur Verteilung getroffen werden, um Glaubwürdigkeit für die Zukunft aufzubauen.

33
34
35
36
37
38
39
40
41 Die auf Bezirksebene angesiedelte Programmkommission Weser-Ems wird aufgefordert, diesen Gedanken aufzunehmen und entsprechende Änderungsanträge zu formulieren.

42
43
44
45
46
47 **Begründung:**

48
49 5 Billionen Euro Vermögen der privaten Haushalte in
50 2003, von denen die unteren 50% der Haushalte
51 über 4% des gesamten (privaten) Nettovermögens,
52 vorwiegend Immobilien wie Eigenheime, und 10%

53 der Haushalte über 47% verfügen. Das Armutsrisiko
54 ist auf 13,5% gestiegen und die Armutsgrenze liegt
55 zur Zeit in Deutschland bei 938 Euro (bedarfs-
56 gewichtetes Nettoäquivalenzeinkommen zum Mit-
57 telwert aller Haushalte, EU-Definition). Die Gesamt-
58 zahl der überschuldeten Haushalte erhöhte sich im
59 gleichen Zeitraum um 13%. Diese aus dem neues-
60 ten Armuts- und Reichtumsbericht sich ergebende
61 alarmierende Situation wird sich eher verschärfen,
62 wenn die SPD nicht langfristig Konzepte entwickelt,
63 die die Verteilungsungleichgewichte einengen.
64 Zur Zeit werden zwar untere und mittlere Einkom-
65 men entlastet, Spitzenverdiener jedoch ungleich
66 mehr zulasten der Steuereinnahmen. Hinzu kom-
67 men geplante weitere Steuersenkungen für Groß-
68 vermögen (Erbchaftsteuer) oder Großunternehmen
69 (Körperschaftsteuer).

70

71 **Weiterleitung an:**